

Fragen an den Politischen Realismus – nach Georgien

Von Dr. Christoph Rohde

1. Ist das Verhalten der NATO in der Georgien-Krise wertorientiert oder machtbezogen?

Das Komplex an der Situation in Georgien ist, dass hier weltpolitische Brüche in einer tiefentektonischen Dimension an die Oberfläche gebrochen sind. Es ist eben im Realismus so: im normalen diplomatischen Betrieb scheinen sich Verhandlungen und Institutionen mit ihren Regeln zu bewähren – erst in Krisen wird deutlich, „wo die Herzen wirklich stehen“.

In Georgien geht es um die Einflussosphäre der Russen an ihrer eigenen Grenze. Politische Realisten haben ein nüchternes, nicht-normatives Verständnis für die Tatsache, dass Großmächte ihre Einflussosphären beanspruchen – die USA mit der Monroe-Doktrin in der westlichen Hemisphäre, China im südchinesischen Meer sowie Russland in der post-sowjetischen Einflusszone. Verschiedene Modelle gehen von regionalen Sicherheitskomplexen (Buzan 2003) oder regionalen bzw. globalen Hegemoniebestrebungen größerer Mäacht aus (Mearsheimer 2001). Hans Morgenthau hat während des Kalten Krieges eine Politik der Anerkennung von Machtsphären einerseits (Verzicht auf Roll Back-Strategien oder quasi-religiösen Imperialismen) und eine gleichzeitige Penetration solcher durch Ideen (KSZE-Prozess, Handelsbeziehungen) gefordert. Dieses Konzept ist aufgegangen. Für die Gegenwart sollten daraus Konsequenzen gezogen werden. Für Realisten gibt es nur eine Erklärung: Die NATO versucht, ihre Machtsphäre gegenüber anderen Akteuren auszuweiten. Dahinter stehen die Versuche der sich im Abstieg befindlichen Supermacht USA, mit Hilfe dieser Institution ihre Interessen auszuweiten.

2. Wer war der Aggressor im Konflikt in Georgien?

Für die Denkschule des politischen Realismus lässt sich eine politische Konstellation schlecht in die Dichotomie Aggressor-Opfer kleiden. Selten sind solche Manichäismen haltbar. Auch in diesem Fall stehen mehrere politische und völkerrechtliche Güter in Widerstreit. In der kaukasischen Region gibt es das legitime Bestrebungen unterschiedlicher Titularnationen nach Autonomie. Auf der anderen Seite versuchen größere Mächte wie Russland oder die

Türkei, ihre territoriale Integrität zu bewahren. Es muss also völkerrechtlich kreativere Modelle geben, um das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das status quo-orientierte Gebot der Souveränität bestehender Gemeinwesen zu versöhnen. Aber eines wird klar: das von postnationalen Denkern beschworene Zeitalter der Überwindung des Nationalstaats ist nicht eingetreten. Im Gegenteil: Der Nationalstaat blüht mehr denn je.

3. Welche Rolle spielt die Energie in diesem Konflikt?

Natürlich versuchen die Russen, die BTC-Pipeline zu kontrollieren und sich zum Energietransport- und -versorgungsmonopolisten aufzuschwingen. Und sie wollen bei der NABUCCO-Pipeline beteiligt werden. Dafür bezahlen sie einen hohen Preis. Aber die USA wollen im kaspischen Raum ein Wörtchen mitreden. Hier ist ein klassischer Großmachtkonflikt zu sehen. Die Russen haben zum Verdruss der Amerikaner bereits langfristige Gasprojekte mit energiereichen Ländern wie Kasachstan und Turkmenistan unter Dach und Fach gebracht. Die Amerikaner wollen kontern.

4. Welche Lösungen bietet der politische Realismus an?

Der Realismus fordert die Anerkennung vorhandener Machtstrukturen und die Aufgabe feierlicher Sonntagsreden. Das heißt: durch eine objektivierende strukturalistische Analyse wird es Staatsmännern ermöglicht, die eigene interessenbasierte Sichtweise zu relativieren. Besonders amerikanische Diplomaten in diesem Konflikt wie Richard Holbrooke halten die Aufrüstung Georgiens für einen Akt der Demokratisierung der Welt. Die Person Saakashvili wird wenig thematisiert. Die Russen hingegen verleugnen ihre massiven Energieinteressen in dem Konflikt. Hier fehlt die Ebene, um handfeste Assets auszutauschen. Der Konflikt wird in einfachen, zu einfachen Gut-Böse-Kategorien abgehandelt. Für den Realismus gibt es in diesem Fall und für den postsowjetischen Raum sinnvolle Neutralitätskonzepte. Die Russen wollten bereits im Jahr 2003 mit Moldawien ein Neutralitätsabkommen aushandeln, das den Moldawiern interne Souveränität und externe Neutralität auferlegen sollte. Die Amerikaner haben das verhindert. Für sie ist es die Frage, dass jedes Land das Bündnis nach eigenem Wunsch wählen darf. Und da die Amerikaner mehr zahlen können, können sie somit eine Strategie der bündnispolitischen Einkreisung durchführen.

5. Die Erweiterung der NATO nach Georgien – sinnvoll?

Aus der Sicht des Realismus wäre ein frühzeitiger Beitritt Georgiens zur NATO ein doppelt kontraproduktiver Akt. Denn die ohnehin schon als Werkzeug der Neokonservativen missbrauchte Bündnis würde dann wohl

endgültig zu einer leeren Hülle werden. Wer würde denn Blut und Leben der eigenen Bevölkerung im Kaukasus opfern, um einen Bündnisfall nach Artikel 5 mit Leben zu füllen? Zu instabil sind die Gesellschaften und zu dubios die Akteure in den Konflikten. Einen nuklearen Konflikt möchte niemand eingehen. Denn schlimm genug: Die Russen haben taktische Atomwaffen in Kaliningrad stehen, die leicht auf die Raketenabwehr in Polen und Tschechien programmiert werden können.

6. Es bleibt Hoffnung...

Denn die Antipoden in dem Konflikt brauchen einander. Militärische Konflikte zwischen Großmächten würden den Prozess der Globalisierung enorm verlangsamen. Es wäre ein hoher Preis für Russland, denn ihr machtpolitischer Aufschwung hängt fast ausschließlich von den Energieerlösen ab. Die russischen Drohungen sind also nicht sehr glaubwürdig. Ebenso wenig können die USA, die unter dem neuen Präsidenten in Afghanistan Akzente setzen werden, sich mit Bodentruppen im kaukasischen Raum engagieren. Die Interdependenzthese des Liberalismus trägt hier Früchte, indem die Verzahnung der Interessen Großmachtkonflikte heißer Art verhindert. Die Russen brauchen westliche Investitionen. Und der Westen braucht Russland auch in Bezug auf eine Befriedung des Iran. Der Faktor Iran ist von entscheidender Bedeutung. Entweder der Westen nähert sich auf Kosten Russlands dem Iran an, was einen hohen Preis fordert. Oder die Russen üben Druck auf Iran aus und werden in ihrer eigenen Machtsphäre in Ruhe gelassen.

7. Die EU muss stärker werden

Die EU ist gefordert, eine einheitliche Politik zu betreiben. Vor allem eines ist wichtig: Die EU darf nicht der Festlandsdegen der „Demokratisierungsstrategie“ der USA werden. Denn der religiöse Imperialismus der USA ist unglaubwürdig geworden. „Demokratisiert werden“ sollen nur Länder, in denen die USA handfeste materielle Interessen hat. Der transatlantische Divide ist Realität geworden. Jetzt geht es darum, gemeinsame klare Sicherheitsinteressen zu definieren – die Weltanschauungen der USA und Europas sind nicht mehr dieselben.

Europa ist zweigeteilt: Ländern, die sich an die USA klammern – aufgrund ihrer geographischen Nähe zu Russland – und Ländern, die eine reifere Version der Steuerung der Welt als einen demokratischen Imperialismus.

8. Eine Welt verschiedener Geschwindigkeiten

Die Weltpolitik leidet darunter, dass relevante Institutionen wie die Vereinten Nationen und die Welthandelsorganisation an Autorität verloren haben, weil erstens die USA diese nicht ernst genommen oder zum Werkzeug eigener Drohungen gemacht haben. Deshalb bilden sich alternative Formen der politischen Steuerung. Das Shanghai Cooperation-Abkommen ist eine Organisation, die von einer energiepolitischen zu einer sicherheitspolitischen Institution mutieren kann. Zweitens sind vor allem asiatische Staaten nicht mehr bereit, ihre Politik von westlichen Institutionen beeinflussen zu lassen. Das beste Beispiel: Die asiatischen Staaten und Russland halten immer mehr Währungsreserven in Nicht-\$-Währung und verzichten auf Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds. Der schwache Dollar hat also interne als auch externe Gründe. Es ist Zeit zu akzeptieren, dass die Weltpolitik pluralistische Strukturen aufweist – und nicht nur radikal-individualistische Demokratievorstellungen des Westens, die nicht universalisierbar sind.